INSM

Initiative
Neue Soziale
Marktwirtschaft

INSM
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH
Georgenstraße 22
D- 10117 Berlin

Carl-Victor Wachs
Leiter Kommunikation
Pressesprecher

wachs@insm.de
M +49 176 61649030

insm.de

Berlin, 14.09.2026

Pressemitteilung
23. INSM-Bildungsmonitor
Rheinland-Pfalz bleibt auf Platz 12

Berlin – Rheinland-Pfalz bleibt im INSM-Bildungsmonitor 2026 auf Platz 12 der 16 Bundesländer. Die Vergleichsstudie des **Instituts der deutschen Wirtschaft (IW)** im Auftrag der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** bewertet anhand von insgesamt 98 Indikatoren in 13 Handlungsfeldern, inwieweit ein Bundesland Bildungsarmut reduziert, zur Fachkräftesicherung beiträgt und Wachstum fördert.

Ausgewählte Ergebnisse INSM-Bildungsmonitor 2026

Die Stärken von Rheinland-Pfalz liegen in den Handlungsfeldern Internationalisierung und berufliche Bildung:

- Überdurchschnittliches Ausmaß an Fremdsprachenunterricht an Grundschulen und in der beruflichen Bildung
- Es wird die höchste Erfolgsquote an beruflichen Vollzeitschulen erreicht

Verbesserungspotenzial besteht in Rheinland-Pfalz vor allem bei der Forschungsorientierung, Digitalisierung, Inputeffizienz und Förderinfrastruktur:

- Die eingeworbenen Drittmittel je Professor sind die drittniedrigsten in Deutschland
- Niedrige Anzahl von IT-Hochschulabsolventen
- Relativ unausgewogene Altersstruktur der Lehrkräfte an beruflichen Schulen
- Geringe Ganztagsquote an weiterführenden Schulen

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert.

INSM

Initiative
Neue Soziale
Marktwirtschaft

Mangelnde Bildungschancen bleiben zentrale Herausforderung in Deutschland
Rund ein Fünftel der Bevölkerung in Deutschland verfügt über keinen berufsqualifizierenden Abschluss – mit gravierenden Folgen für Einkommenschancen und gesellschaftliche Teilhabe. Personen ohne Abschluss der Sekundarstufe II erreichen deutlich seltener die Einkommensmittelschicht und sind fast sechsmal häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen als Personen mit beruflicher Ausbildung. Der demografische Wandel verstärkt zusätzlich die positiven Berufsaussichten von Fachkräften. Gleichzeitig hängen Bildungserfolg und sozioökonomische Herkunft in Deutschland nach wie vor eng und im Vergleich zu anderen Ländern stark zusammen. Kinder aus bildungsfernen Haushalten erreichen geringere Kompetenzen und schlechtere Bildungsabschlüsse, dabei entstehen die ungleichen Bildungschancen bereits in der Kindheit und in der Schulzeit. Die Berufsausbildung ist hingegen eine Stärke des deutschen Bildungssystems und beim Zugang zu den Hochschulen gibt es deutliche Fortschritte.

Gezielte Investitionen in Bildung können Chancen verbessern
Wirksame Maßnahmen setzen früh an: Flächendeckende, verpflichtende Sprachstandserhebungen vor dem Grundschuleintritt, Sprachförderung, zusätzliche nach Sozialindex differenzierte Ressourcen, eine Ausweitung des Startchancenprogramms auf Kitas und weitere Schulen in benachteiligten Lagen, der Ausbau von Ganztagsangeboten, Mentoringprogramme, die Sicherung hochwertiger Lehrkräfteversorgung und die Stärkung datengestützter Unterrichtsentwicklung können Herkunftseffekte gezielt abmildern. Eine Digitalstrategie an Schulen zum Erwerb digitaler Kompetenzen und Konzepte zum Schutz der Kinder vor Risiken der Nutzung digitaler Medien in der Freizeit sind weitere wichtige Maßnahmen für bessere Bildungschancen. Mehr Berufsorientierung und eine gezielte Unterstützung leistungsschwacher Auszubildender können helfen, die Stärken der beruflichen Bildung zu erhalten. Eine Ausbildungsplatzabgabe hingegen wäre kontraproduktiv, würde Unternehmen belasten und die hohe Passung von Ausbildung und Bedarfen gefährden, ohne die Ursachen von Bildungsarmut zu bekämpfen.

Alle Ergebnisse auf www.insm.de/bildungsmonitor-2026

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert.

INSM

Initiative
Neue Soziale
Marktwirtschaft

Stärken

Internationalisierung (BM 2026: 4. Platz): Relativ viele Grundschülerinnen und Grundschüler in Rheinland-Pfalz wurden im Jahr 2024 in Fremdsprachen unterrichtet (73,1 Prozent). Damit belegt Rheinland-Pfalz den zweiten Platz aller Bundesländer (Bundesdurchschnitt: 51,7 Prozent). Rheinland-Pfalz wies auch bei den Berufsschulen einen überdurchschnittlichen Anteil an Schülerinnen und Schülern mit Fremdsprachenunterricht auf. Zudem fallen die Kompetenzen der Schülerinnen und Schüler in Englisch im Lesen und im Hören überdurchschnittlich aus. Leicht unterdurchschnittlich fiel jedoch der Anteil der Bildungsausländerinnen und -ausländer an allen Studierenden aus (Rheinland-Pfalz: 13,0 Prozent; Bundesdurchschnitt: 14,4 Prozent).

Berufliche Bildung (BM 2026: 4. Platz): Der Anteil erfolgreicher Absolventinnen und Absolventen an allen Abgängerinnen und Abgängern von Berufsfachschulen, Fachoberschulen und Fachschulen fällt in Rheinland-Pfalz deutlich überdurchschnittlich aus. Rheinland-Pfalz erreicht hier mit 94,9 Prozent den besten Wert aller Bundesländer (Bundesdurchschnitt: 80,4 Prozent). Die Quote der unversorgten Bewerberinnen und Bewerber fällt in Rheinland-Pfalz besser aus als im bundesdeutschen Durchschnitt (Rheinland-Pfalz: 9,2 Prozent; Bundesdurchschnitt: 10,4 Prozent). Bei der Anzahl der Fortbildungsprüfungen, gemessen an der Bevölkerung im Alter zwischen 25 und 40 Jahren, erzielt Rheinland-Pfalz mit 4,8 bestandenen Prüfungen pro 1.000 Personen ebenfalls einen leicht überdurchschnittlichen Wert (Bundesdurchschnitt: 4,7).

Potenziale

Forschungsorientierung (BM 2026: 16. Platz): Das Volumen der eingeworbenen Drittmittel war im Jahr 2023, gemessen an der Anzahl der Professorinnen und Professoren, das drittniedrigste von allen Bundesländern. In Rheinland-Pfalz betrugen die Drittmittel je Professorin und Professor 147.000 Euro und im Durchschnitt aller Bundesländer lagen sie bei 187.100 Euro. Bei der Anzahl der Forscherinnen und Forscher an Hochschulen bezogen auf das BIP in Milliarden Euro belegt Rheinland-Pfalz ebenfalls einen hinteren Platz (Rheinland-Pfalz: 30,3; Bundesdurchschnitt: 36,8). Weiterhin wurden in Rheinland-Pfalz weniger Habilitationsverfahren, gemessen pro 100 Professorinnen und Professoren, abgeschlossen als im Bundesdurchschnitt (Rheinland-Pfalz: 2,2; Bundesdurchschnitt: 3,1). Auch die Promotionsquote fiel im Jahr 2024 unterdurchschnittlich aus. Rheinland-Pfalz belegte bei diesem Indikator mit 3,7 Prozent den letzten Platz aller Bundesländer (Bundesdurchschnitt: 5,5 Prozent). Bei den Forschungsausgaben pro Forscherin und Forscher an Hochschulen schnitt Rheinland-Pfalz allerdings leicht überdurchschnittlich ab.

Digitalisierung (BM 2026: 15. Platz): Verbesserungsbedarf gibt es in Rheinland-Pfalz bei der Ausbildungsleistung im Bereich Digitalisierung. Die Anzahl der neuen betrieblichen Ausbildungsverträge im IT-Bereich pro 100.000 Erwerbstätige fällt mit 34,6 niedriger aus als im bundesdeutschen Durchschnitt (39,7). Gleiches gilt vor allem für die Anzahl der IT-Hochschulabsolventinnen und -absolventen pro 100.000 Erwerbstätige (Rheinland-Pfalz: 67,0; Bundesdurchschnitt: 91,3). Verbesserungswürdig ist in Rheinland-Pfalz auch die WLAN-Ausstattung der Schulen und das Angebot an Informatikunterricht in den Schulen. Auch die Forschungsleistung im Bereich Digitalisierung fällt in Rheinland-Pfalz unterdurchschnittlich aus.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert.

Inputeffizienz (BM 2026: 15. Platz): Sowohl an den allgemeinbildenden Schulen, an den beruflichen Schulen als auch an den Hochschulen fallen die Sachausgaben relativ zu den Personalausgaben unterdurchschnittlich aus. Auch die Investitionsquoten an den Schulen fallen in Rheinland-Pfalz unterdurchschnittlich aus. An den allgemeinbildenden Schulen beträgt diese in Rheinland-Pfalz 8,8 Prozent und im Bundesdurchschnitt 10,6 Prozent. An den beruflichen Schulen ist darüber hinaus eine relativ unausgewogene Altersstruktur der Lehrkräfte festzustellen. Dies erschwert es dem Land, Lehrkräftestellen zu besetzen und kann die Qualität des Unterrichts negativ beeinflussen.

Förderinfrastruktur (BM 2026: 13. Platz): Der Anteil der drei- bis sechsjährigen Kinder mit einem Ganztags-Kita-Platz lag im Jahr 2025 mit 59,2 Prozent über dem Bundesdurchschnitt von 48,2 Prozent. Leicht überdurchschnittlich schnitt Rheinland-Pfalz auch bei dem Anteil der Grundschülerinnen und Grundschüler mit einer Ganztagsbetreuung ab (Rheinland-Pfalz: 53,2 Prozent; Bundesdurchschnitt: 51,2 Prozent). Bei den Ganztagsangeboten der Sekundarstufe I wies Rheinland-Pfalz im Jahr 2024 mit 19,6 Prozent jedoch einen stark unterdurchschnittlichen Wert auf (Bundesdurchschnitt: 48,6 Prozent). Die Akademikerquote im Elementarbereich fiel mit 6,3 Prozent ebenfalls unterdurchschnittlich aus (Bundesdurchschnitt: 7,4 Prozent).

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert.

INSM

Initiative
Neue Soziale
Marktwirtschaft

Anhang 1
Rheinland-Pfalz auf Platz 12 im Bildungsvergleich der Länder

	Land	Gesamtergebnis[1]	
		Punkte (Rang)	
		2026	Veränderung zu 2013
1	Sachsen	62,9	–4,3
2	Bayern	57,8	+0,3
3	Hamburg	53,6	+4,0
4	Baden-Württemberg	52,3	–3,0
5	Saarland	51,5	+10,4
6	Thüringen	49,4	–10,4
7	Hessen	45,4	–0,3
8	Mecklenburg-Vorpommern	45,0	–3,2
9	Schleswig-Holstein	44,4	+0,1
10	Niedersachsen	42,1	–3,1
11	Berlin	41,9	+2,4
12	**Rheinland-Pfalz**	**39,4**	**–5,5**
13	Brandenburg	38,4	–3,0
14	Nordrhein-Westfalen	36,8	–5,4
15	Sachsen-Anhalt	36,7	–9,2
16	Bremen	36,1	–9,2

Quelle: IW Köln; Stand: 01.08.2026

[1] Alle Indikatoren werden auf einer Punkteskala (0–100) skaliert und sind somit vergleichbar. Die höchste Punktzahl beim Bestandsranking erhält das Bundesland, das insgesamt die höchste Punktzahl über alle 13 Handlungsfelder erreicht. Die im INSM-Bildungsmonitor 2026 dokumentierten Zahlen bilden überwiegend das Jahr 2024 ab.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert.

INSM

Initiative
Neue Soziale
Marktwirtschaft

Anhang 2

In die Studie *INSM-Bildungsmonitor 2026* werden 98 Indikatoren einbezogen. Dazu gehören Indikatoren zur Beschreibung der Infrastruktur, beispielsweise die Verfügbarkeit von Ganztagsschulen und Ganztagsbetreuungsmöglichkeiten sowie die Betreuungsrelationen an Schulen. Untersucht werden auch Indikatoren, die den Zugang zu Bildung beschreiben, wie Schulabbrecherquoten, Abbrecherquoten von Ausländern und der Anteil der Schüler, die von Bildungsarmut betroffen sind, sowie Indikatoren, die die Qualität der schulischen Leistung und den Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen abbilden. Damit messen die Indikatoren sowohl Aspekte der Bildungsgerechtigkeit als auch Impulse des Bildungssystems zur Stärkung der Qualifikationsbasis der Volkswirtschaft. Die zugrunde liegenden Daten beziehen sich zumeist auf das Jahr 2024: Zum jetzigen Zeitpunkt liegen keine aktuelleren statistischen Daten in Deutschland vor.

Neben einer Bestandsaufnahme zur Leistungsfähigkeit des Bildungssystems werden die Ergebnisse des INSM-Bildungsmonitors 2026 auch mit dem Jahr 2013 verglichen. So gibt die Studie auch darüber Auskunft, welches Bundesland die größten Verbesserungen in seinem Bildungssystem erreicht hat.

Handlungsfeld 1 Ausgabenpriorisierung: Relative Bildungsausgaben (Grundschulen); Relative Bildungsausgaben (allgemeinbildende Schulen); Relative Bildungsausgaben (berufliche Vollzeitschulen); Relative Bildungsausgaben (duales System); Relative Bildungsausgaben (Hochschulen)

Handlungsfeld 2 Inputeffizienz: Investitionsquote (allgemeinbildende Schulen); Altersstrukturindex (allgemeinbildende Schulen); Relative Sachausstattung (allgemeinbildende Schulen); Dienstunfähigkeitslast; Relative Sachausstattung (berufliche Schulen); Altersstrukturindex (berufliche Schulen); Investitionsquote (berufliche Schulen); Wissenschaftleranteil (Hochschulen); Investitionsquote (Hochschulen); Relative Sachausstattung (Hochschulen); Drittmitteldeckungsbeitrag

Handlungsfeld 3 Betreuungsbedingungen: Betreuungsrelation Kita; Schüler-Lehrer-Relation (Grundschulen); Unterrichtsstunden pro Klasse (Grundschulen); Klassengröße (Grundschulen); Schüler-Lehrer-Relation (Sek I – ohne Gymnasien); Schüler-Lehrer-Relation (Sek I – Gymnasien); Schüler-Lehrer-Relation (Sek II); Klassengröße (Sek I – Gymnasien); Klassengröße (Sek I – ohne Gymnasien); Unterrichtsstunden pro Klasse (Sek I – Gymnasien); Unterrichtsstunden pro Klasse (Sek I – ohne Gymnasien); Unterrichtsstunden pro Schüler (Sek II); Schüler-Lehrer-Relation (duales System); Schüler-Lehrer-Relation (berufliche Vollzeitschulen); Unterrichtsstunden pro Klasse (duales System); Unterrichtsstunden pro Klasse (berufliche Vollzeitschulen); Klassengröße (duales System); Betreuungsrelation Hochschulen

Handlungsfeld 4 Förderinfrastruktur: Ganztagsbetreuung KiGa; Akademisierungsgrad Personal Kitas; Ungelerntes Personal Kitas; Ganztagsgrundschüler; Ganztagsschüler Sek I

Handlungsfeld 5 Internationalisierung: Fremdsprachenunterricht Grundschulen; Fremdsprachenunterricht duales System; Bildungsausländer Hochschulen; IQB Englisch Lesen; IQB Englisch Hören; IQB Englisch Lesen an Gymnasien; IQB Englisch Hören an Gymnasien

Handlungsfeld 6 Zeiteffizienz: Verspätete Einschulung; Wiederholerquote Grundschulen; Wiederholerquote Sek I; Ausbildungsabbrüche; Bacheloranfänger; Durchschnittsalter der Erstabsolventen

Handlungsfeld 7 Schulqualität: IQB Lesen 9. Klasse; IQB Lesen an Gymnasien 9. Klasse; IQB Mathematik 9. Klasse; IQB Mathematik – Gymnasien 9. Klasse; IQB Naturwissenschaften 9. Klasse; IQB Naturwissenschaften – Gymnasien 9. Klasse; IQB Deutsch Lesen 4. Klasse; IQB Deutsch Hören 4. Klasse; IQB Mathematik 4. Klasse

Handlungsfeld 8 Bildungsarmut: IQB-Risikogruppe Mathematik 9. Klasse; IQB-Risikogruppe Naturwissenschaften 9. Klasse; IQB Schüler unter Mindeststandards Lesen 9. Klasse; Schulabbrecherquote; Absolventenquote Berufsvorbereitungsjahr; IQB Risikogruppe Deutsch Lesen 4. Klasse; IQB Risikogruppe Deutsch Hören 4. Klasse; IQB Risikogruppe Mathematik 4. Klasse

Handlungsfeld 9 Integration: Schulabbrecherquote Ausländer; Studienberechtigtenquote Ausländer (allgemeinbildenden Schulen); Studienberechtigtenquote Ausländer (berufliche Schulen); Steigung des sozialen Gradienten Mathematik (IQB 9. Klasse); Varianzaufklärung Mathematik (IQB 9. Klasse)

Handlungsfeld 10 Arbeitsmarktorientierung / berufliche Bildung: Ausbildungsstellenquote; Berufsabschlussquote; Abschlussquote Berufsfachschulen etc.; Fortbildungsquote; Quote unversorgter Bewerber

Handlungsfeld 11 Hochschule und MINT: Akademikerersatzquote; Hochschulabsolventenquote; Attrahierungsindex; Duales Studium; Ingenieurabsolventen; MN-Absolventen; F&E-Ersatzquote MINT; MINT-Wissenschaftler; Ingenieurersatzquote

Handlungsfeld 12 Forschungsorientierung: Drittmittel Hochschulen; F&E-Ausgaben pro Forscher; Habilitationsnachwuchs; Promotionsquote; Forscheranteil zum BIP

Handlungsfeld 13 Digitalisierung: Verfügbarkeit Breitband Schule, Informatikstunden im Unterricht, IT-Ausbildungsvertragsquote, IT-Absolventenquote Hochschule, Quote Digitalisierungspatente.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist ein überparteiliches Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Sie wirbt für die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und gibt Anstöße für eine moderne marktwirtschaftliche Politik. Die INSM wird von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie finanziert.